



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 22.08.2025

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 25. August 2025

Fokusthemen: **Bau und Volkswirtschaft**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach dem Eintritt eines neuen Kantonsratsmitglieds, der Wahl zweier Kommissionsmitglieder und einem Beschluss im schriftlichen Verfahren fünf Postulate zu Bau Themen als erledigt abschreiben. Dazwischen stehen zwei unumstrittene Änderungen des PBG und des MAG an. Als letztes Geschäft vor der Mittagspause wird der Rat voraussichtlich eine PI zu Flüsterbelägen behandeln. Zum Auftakt der Nachmittagssitzung wird der Kantonsrat die bereits vor den Sommerferien begonnene Beratung zum Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz fortsetzen. Anschliessend stehen die Schlussabstimmung zur Umsetzung der PI betreffend Aufhebung der kommunalen Kostenbeteiligung bei Uferwegen und die Abschreibung eines Postulats auf der Traktandenliste. Sollte der Kantonsrat am Montagabend vor Sitzungsende dazu kommen, wird er schliesslich noch ein paar Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen.

Postulate zu erneuerbarer Energie und nachhaltigen Materialien sollen abgeschrieben werden

Keine lange Diskussion wird am Montagmorgen die Abschreibung von drei Postulaten auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat denn auch einstimmig, das Postulat von SVP, SP, Mitte und EVP betreffend «Inland vor Ausland beim Ausbau von erneuerbaren Energienerzeugungsanlagen» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 238/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, Massnahmen zu ergreifen, damit die stromproduzierenden Unternehmen mit kantonaler Beteiligung Investitionen in erneuerbare Energie primär im Inland statt im Ausland tätigen. Und die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Postulate betreffend «Kanton soll möglichst klimaneutral bauen» ([KR-Nr. 271/2020](#)) und betreffend «Nutzung von Holz als nachhaltiges Baumaterial» ([KR-Nr. 33/2021](#)) als erledigt abzuschreiben. Die Kommission erachtet den Bericht des Regierungsrates zu den beiden Postulaten als überzeugend.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Anpassungen des PBG und des MAG

Kaum Opposition dürfte es am Montag zu verschiedenen Änderungen des Planungs- und Baugesetzes (PBG) betreffend «Justierungen» ([5889](#)) und des Mehrwertausgleichsgesetzes (MAG) betreffend «Verschuldung des kantonalen Mehrwertausgleichsfonds» ([5968](#)) geben. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt einstimmig, die Änderungen zu verabschieden. Diskussionslos übernommen hat die KPB den Antrag des Regierungsrates zur Anpassung der Definition des massgebenden Terrains sowie die Verlängerung der Frist zur Umsetzung der harmonisierten Baubegriffe und Messweisen. Umstritten waren hingegen die Einführung einer gesetzlichen Grundlage für die sogenannte Durchstossung sowie die Festlegung eines gesetzlichen Grenzabstandes zwischen Gebäuden in der Bauzone und der angrenzenden Landwirtschaftszone. Weitere Vorbehalte gab es zudem im Zusammenhang mit der Einführung von nicht-zonenkonformen Zwischennutzungen. Mit der Änderung des MAG soll sich der kantonale Mehrwertausgleichsfonds (MAF) neu auch für Entschädigungen der Gemeinden bei Auszonungen verschulden können. Die Kommission hat ausserdem das Anliegen der parlamentarischen Initiative von FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel betreffend «Frist Umsetzung MAG in den Gemeinden» aufgenommen (KR-Nr. 136/2023) und schlägt vor, die Frist zur Anpassung der kommunalen Bau- und Zonenordnungen (BZO) an die

Bestimmungen zum kommunalen Mehrwertausgleich zu verlängern. Ein Teil der Kommission ist zwar gegen die Erweiterung der Verschuldungsmöglichkeit, unterstützt jedoch auch die Fristverlängerung. Die übrigen Kommissionsmitglieder halten die zusätzliche Verschuldungsmöglichkeit hingegen für eine sinnvolle Lösung, um Auszunungen finanzieren zu können, ohne dass es zu längeren Wartezeiten bei den Auszahlungen der Beiträge an die Gemeinden kommt.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Postulate zu Solaranlagen auf Flachdächern und Landfill Mining sollen abgeschrieben werden

Als erledigt abgeschrieben werden sollen am Montag auch die Postulate betreffend «Solaranlagen auf den Flachdächern» von SVP, FDP, GLP, Grünen, EVP und Mitte ([KR-Nr. 10/2021](#)) und «Landfill Mining – Deponien als Ressourcen» der FDP ([KR-Nr. 357/2022](#)). Bei beiden Geschäften hat die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) die Abschreibung einstimmig beantragt. Mit dem ersten Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, im Planungs- und Baugesetz eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, welche es den Gemeinden ermöglicht, Solaranlagen auf Flachdächern im Meldeverfahren zu bewilligen. Mit dem zweiten Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, in einem Bericht das Potenzial des Landfill Minings für den Kanton Zürich darzulegen und aufzuzeigen, wie dieses Potenzial erschlossen werden kann.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Parlamentarische Initiative zu lärmarmen Belägen soll abgelehnt werden

Chancenlos dürfte im Parlament die parlamentarische Initiative (PI) von EDU-Kantonsrat Thomas Lamprecht betreffend «Flüsterbeläge: Bauen an Strassen ermöglichen» sein. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 53/2022](#)). Mit der PI wurde eine Rechtsgrundlage gefordert, um prioritär mit lärmarmen Belägen (LAB) die lärmschutzrechtlichen Anforderungen für eine Baubewilligung im Rahmen eines Gestaltungsplans zu ermöglichen. Nach eingehender Beratung kam die Kommission zum Schluss, dass das Anliegen der PI in der heutigen Praxis bereits umgesetzt wird und eine gesetzliche Regelung daher keinen Mehrwert bringen würde.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

An Grundsätzen der Standortförderung festhalten und Firmen administrativ entlasten

Eine ausführliche Debatte ist zum Auftakt der Nachmittagssitzung zum Erlass des Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetzes zu erwarten. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt mit 10 zu 5 Stimmen die Annahme des neuen Gesetzes ([5908](#)). Ziel des Gesetzes ist es, bewährte Grundsätze der Standortförderung gesetzlich zu verankern und Unternehmen administrativ zu entlasten. Die Vorlage sieht unter anderem vor, dass der Kantonsrat künftig abschliessend über die Finanzierung von Beteiligungen an Bundesprogrammen zur Krisenunterstützung entscheidet. Zur Entlastung der Unternehmen schlägt die WAK effizientere Vollzugsverfahren, risikobasierte Kontrollen, eine einheitliche elektronische Schnittstelle für den Behördenverkehr sowie die Einbindung externer Fachleute bei der Regulierungsfolgenabschätzung vor. Zudem ist ein regelmässiger Austausch mit Verbänden geplant. Die Mehrheit der Kommission (SVP, FDP, GLP, Mitte, EVP) bezeichnet die Vorlage als ausgewogenen Schritt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und seiner Innovations- und Krisenfähigkeit. Die Minderheit (SP, Grüne, AL) lehnt sie ab: Die Fortsetzung bisheriger Förderpraktiken gehe zu wenig auf soziale und ökologische Aspekte ein, und die geplanten Entlastungsmassnahmen wirkten selbst wieder bürokratisch. In der letzten Sitzung vor den Sommerferien hat der Rat mit 114 zu 55 Stimmen beschlossen, auf die Vorlage einzutreten. Nun geht es in die Detailberatung.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil, 079 640 10 28)

Minderheit Nicht-Eintreten: Rafael Mörgeli (SP, Stäfa, 077 428 98 30)

Minderheit SVP: Paul Mayer (SVP, Marthalen, 078 750 30 74)

Minderheit SP: Rafael Mörgeli (SP, Stäfa, 077 428 98 30)
Minderheit GLP: Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon, 079 784 75 24)
Minderheit Grüne: Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich, 079 711 04 64)
Minderheit AL: Gianna Berger (AL, Zürich, gianna.berger@bluewin.ch)

Schlussabstimmung zur Aufhebung der kommunalen Kostenbeteiligung bei Uferwegen

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zum Erlassentwurf zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative von SP-Kantonsrat Jonas Erni betreffend «Keine Kostenbeteiligung für Gemeinden bei Uferwegen» zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). In diesem Fall schlägt die REDKO gar keine Änderung vor. Der Kantonsrat hat in erster Lesung entschieden, dass die Kostenbeteiligung von Standortgemeinden beim Bau von Uferwegen aufgehoben werden soll ([KR-Nr. 196/2019](#)). Der Rat ist dabei dem Antrag der vorberatenden Kommission gefolgt.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Postulat zur Lichtsignalsteuerung soll abgeschrieben werden

Die Grünphasen für den Fuss- und Veloverkehr sollen bei Lichtsignalanlagen bedarfsgerechter gesteuert werden. Dies wünschten sich SP, GLP und Grüne mit dem Postulat betreffend «Fussgänger- und velofreundliche Lichtsignalsteuerung», das vom Kantonsrat vor drei Jahren dem Regierungsrat überwiesen wurde. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat nun mit 9 zu 6 Stimmen, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 281/2021](#)). Im Hinblick auf die Berichterstattung zum Postulat hat die Volkswirtschaftsdirektion bzw. deren Amt für Mobilität (AFM) im Jahr 2023 verschiedene Pilotprojekte in den Städten Winterthur, Schlieren, Dietlikon und Wetzikon durchgeführt und Optimierungsansätze für Fussgängerquerungen und für Velofahrende getestet. Die Erkenntnisse fliessen nun in die Planung anstehender Sanierungen sowie Um- bzw. Neubauten ein. Die Kommissionsminderheit aus SP, Grünen und EVP beantragt eine abweichende Stellungnahme, in welcher festgehalten wird, dass der Regierungsrat die Möglichkeiten intelligenter Lichtsignalsteuerungen unterschätze.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84
Minderheit: Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Vorstösse zu Wohnungslosigkeit und Parkierungsanlagen

Sollte der Kantonsrat vor dem Sitzungsende dazu kommen, wird er ein paar Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Nicola Yuste möchte den Regierungsrat bitten, eine Strategie zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit zu erstellen ([KR-Nr. 339/2023](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen. Entgegennehmen möchte die Regierung indes das Postulat von SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel. Diese will Massnahmen zur Förderung von Park+Ride-Parkplätzen im Bestreben, eine möglichst nahtlose Verbindung der verschiedenen Verkehrsträger zu gewährleisten ([KR-Nr. 386/2023](#)). Das Postulat wird im Rat diskutiert, weil die SP beantragt hat, den Vorstoss abzulehnen.

Nicola Yuste (SP, Zürich), 077 419 03 76
Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

Schriftliches Verfahren:

Diskussionslos behandelt, weil unumstritten, wird am Montag in Traktandum 5 die Änderung der Verordnung über die Organisation und Verwaltung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ-Verordnung) ([6011](#)).

Personelles:

Zu Beginn der Vormittagssitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolgerin von Altkantonsratspräsident Jürg Sulser wird die 53-jährige Treuhänderin Beatrice Derrer (SVP, Hüttikon) ihr Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 246/2024). Anschliessend müssen noch zwei neue Kommissionsmitglieder gewählt werden. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt die neu in den Rat eintretende Beatrice Derrer als Nachfolgerin von Christian Pfaller in der KSSG ([KR-Nr. 190/2025](#)) und Sabine Arnold (Grüne, Zürich) als Nachfolgerin von Silvia Rigoni in der KJS ([KR-Nr. 218/2025](#)) vor. Die Wahlvorschläge sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12